

17. Juni-ein besonderer Tag

Endlich auf dem richtigen Weg? In diesen Tagen haben neue wissenschaftliche Untersuchungen über Ursachen, Abläufe und Motive des Aufstandes vor 50 Jahren Konjunktur. Der Nebel hebt sich und jenseits des Verdachtes einseitiger Interessenwahrung liegen die Tatsachen auf dem Tisch. Mich interessiert mehr der Umgang mit dem Tag der deutschen Einheit, anfangs noch feierliche Reden, dann immer mehr Verdrängen und Unbehagen an einem Anspruch, den viele nur noch als lästige Rhetorik empfinden.

Wie tief war der Wunsch nach der deutschen Vereinigung in der Bundesrepublik jenseits der Wiedervereinigungs-Rhetorik wirklich?

Wie stark ist das Bekenntnis zu einer deutschen Nation? Gab es im geteilten Deutschland nicht die Formel von der Bundesrepublik als der postnationalen Demokratie unter Nationalstaaten? Intensiv wurde über den Zweistaatlichkeits-Nationalismus diskutiert. Der Historiker Mommsen behauptete Ende der 70er Jahre, in der Bundesrepublik habe sich ein nationales Identitätsbewusstsein entwickelt, in der DDR sei ein gesamt-nationales Gefühl dagegen stärker erhalten geblieben. Aber auch für die Entwicklung in der DDR gilt es jenseits der offiziellen Parteilinie festzuhalten, dass viele insbesondere evangelisch geprägte Bürgerrechtler die deutsche Teilung als Sühne für die Verbrechen des Faschismus ansahen.

Auch 1990 gab es ernüchternde Erkenntnisse. Der Streit um die Rolle Berlins als deutscher Hauptstadt war mit vielen Enttäuschungen verbunden. Er ist auch heute noch nicht abgeschlossen. Dabei stehen nicht Finanzfragen im Vordergrund. Es geht zunächst um die Frage, ob die von alter Rheinbund-Mentalität und traditionellem Regionalismus geprägten Deutschen auch wirklich eine Nation sein wollen. Deutschland als postnationale Demokratie? Das wäre ein neuer deutscher Sonderweg im Europa der Nationen.

Der 17. Juni 1953 war ein wichtiger Tag für Deutschland und die nachfolgende europäische Ent-

wicklung. Noch heute wird gelegentlich versucht, Motive und Zielsetzung auf einen Protest gegen Normerhöhungen zu reduzieren. Natürlich standen ökonomische Interessen am Anfang. Die Bauarbeiter an der Großbaustelle der Stalinallee protestierten gegen die Härten des Kurses, den die SED seit dem Sommer 1952 eingeschlagen hatte. Hastig korrigierte die aufgeschreckte Parteiführung, aber zu spät. Das Aufbegehren wurde gleichsam durch sich selbst vorwärtsgetrieben. Den ökonomischen Forderungen folgten politische. Es ging um freie

drängten Arbeiter. Die einfache Logik der westlichen Abgrenzungspolitik, die wenige Jahre später auch für Ungarn und Polen galt, war mir noch nicht bewusst.

Den Westen trafen die Vorgänge unvorbereitet - auch in späteren Jahren war er auf politische Eruptionen im Ostblock nie vorbereitet.

Aber es galt schon 1953 die Hauptspielregel des Ost-West Konflikts: Die Bewahrung des Friedens hat vor allem Vorrang; Interventionen jenseits der Systemgrenzen verbieten sich insbe-

Ausnahmezustand und unterdrückten jeden Widerstand. Aber war deswegen alles umsonst, der 17. Juni ein Tag der Niederlage und deswegen ein so schwerer Feiertag? Nein, die Tage im Juni 1953 hatten tiefgreifende und langfristige Folgen.

Der Volksaufstand wurde zum Trauma des Systems. Es reagierte mit einem harten und unmenschlichen Strafgericht.

Die Verhaftungswellen rollten. Aber gleichzeitig gab es ökonomische Zugeständnisse. Der 17. Juni saß allen im Nacken. Nicht selten

Deutschen doch einen Glücksfall der Geschichte feiern sollten – so wie andere Völker ihre nationalen Feiertage. Es war schon verständlich, mit dem 3. Oktober einen neuen Versuch zu unternehmen, hoffentlich bald ohne den Wanderzirkus der offiziellen Veranstaltungen von Bundesland zu Bundesland.

Aber damit darf der 17. Juni nicht aus der deutschen Geschichte verdrängt werden. An diesem Tag gab es für die ganze deutsche Nation ein Signal für die Freiheit. Fast 20 Jahre nach dem Attentatsversuch gegen Hitler meldete sich ein



Foto: Landesarchiv Berlin

Wahlen und die Wiedervereinigung Deutschlands.

Der Aufstand traf das Regime als solches. Er verwarf dessen Anspruch auf Legitimität. Die Massen standen auf.

Aber, es fehlte eine Führung, die Koordination der auf viele Städte ausgedehnten Protestbewegung. Das war ein entscheidender Unterschied zu dem verzweifelten Widerstand, den eine Führung ohne - jedenfalls sichtbare - Massenbasis etwa 20 Jahre zuvor gegen Hitler geleistet hatte. 1944, eine Führungsgruppe ohne Kontakt zu den Massen. 1953, ein Massenaufstand ohne strategische Führung.

Die offizielle Geschichtsschreibung der DDR sah in dem Aufstand einen von außen gesteuerten Vorgang. Sicher hat die Berichterstattung über den RIAS die Dynamik der Aufstandsbewegung und ihre Verbreitung gefördert. Im Kern waren die Interessenlage und Handlungsweise im „Westen“ aber genau entgegengesetzt. Als Zwölfjähriger wartete ich damals nach den dramatischen Rundfunkberichten auf konkrete Hilfe für die von sowjetischen Soldaten be-

sondere an der europäischen Demarkationslinie.

Folgt man den Geschichtsbüchern, so gab es in der allgemeinen westlichen Zurückhaltung nur eine Ausnahme. Ernst Scharnowski, West-Berliner Gewerkschaftsführer, riet der Bevölkerung der damaligen SBZ „überall Straußberger Plätze – das war

ein Ausgangspunkt des Protestes an der Stalinallee – aufzusuchen“. Das stieß bei Regierung und Opposition in Bonn auf heftige Missbilligung. Gleichzeitig stellte Konrad Adenauer aber auch fest, die Demonstrationen seien „zu einer großen Bekundung des Freiheitswillens des Deutschen Volkes geworden“, eine tiefgreifende Veränderung der Lebensverhältnisse könne nur durch die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit erreicht werden.

Die Männer und Frauen des 17. Juni hatten bei dieser politischen Konstellation nie eine richtige Chance. Die Sowjets nahmen die Zügel in die Hand, erklärten den

kann man die These lesen, das Prinzip der Ära Honecker, über die eigenen Verhältnisse zu leben, habe in den Erfahrungen dieser Wochen seine Wurzeln. In ihren Büchern über die „Wende“ 1989 zitieren SED-Größen Erich Mielke mit der bezeichnenden Frage: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht“

Den 17. Juni als Feiertag abzuschaffen hielt ich zunächst für einen Fehler. War das nicht geschichtslos? Warum einen neuen Tag der deutschen Einheit? Inzwischen bin ich unsicher ge-



worden. Allzu viele wollten doch auf die eine deutsche Staatsbürgerschaft verzichten oder gar die DDR noch einmal für einen „richtigen“ Sozialismus nutzen. Aktivierte der 17. Juni nicht zu viel schlechtes Gewissen in der Politik wegen der Abgrenzung der Ost-West-Einfluss-Sphären, bei Dichtern und Denkern, weil sie die Arbeiterschaft am 17. Juni allein gelassen haben.

Zu viele Fragen für einen „Tag der deutschen Einheit“, an dem die

Deutschland, das an demokratische Entwicklungen anknüpfen und jedem totalitären System eine Absage erteilen wollte. Und es war der erste Aufstand gegen das aus Moskau gesteuerte kommunistisch-totalitäre System im Nachkriegseuropa. Es gibt nicht nur das historische Bindeglied zum 20. Juli in der deutschen Geschichte. In der europäischen Freiheitsbewegung nach 1945 folgten die Ereignisse in Ungarn und Polen 1956 und 1958, es folgte 1968 der Prager Frühling und die brutale Niederschlagung durch Truppen des Warschauer Paktes, der Kampf der Solidarnosc bis zum Fall der Mauer im November 1989. Das alles ist ein Teil der europäischen Geschichte in der zweiten Hälfte des gerade abgeschlossenen Jahrhunderts und wichtig bei der Definition der gemeinsamen Ideen und Geschichte des zusammenwachsenden Europa.

Das Bewusstsein dieses gemeinsamen Kampfes um Freiheit über die Demarkationslinien des Kalten Krieges hinweg kann für Europa mehr bewirken als der Streit um ökonomische Grunddaten.